

Pressemitteilung

24. April 2014

Finanzierbarkeit der staatlichen Alterssicherung gefährdet **Deutsche gehen früh in Rente**

Berlin – Die Lücke zwischen Regelaltersgrenze und realem Rentenzugangsalter ist in Deutschland noch immer vergleichsweise groß. Das ist Gift für die umlagefinanzierte Alterssicherung. Zusätzlich altert die Bevölkerung in Deutschland stärker als in fast allen anderen Industrienationen. Beides zusammen belastet das gesetzliche Rentensystem spürbar und schränkt in Zukunft die wirtschafts- und sozialpolitischen Handlungsspielräume weiter ein. Zu diesem Ergebnis kommt ein Kurzgutachten des **Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. „Die ohnehin beunruhigenden Aussichten werden durch zusätzliche Leistungsversprechen, wie der abschlagsfreien Rente mit 63 für besonders langjährig Versicherte, noch verschärft“, so der Rentenexperte des IW Köln, Dr. Jochen Pimpertz.

Das Durchschnittsalter (Median) in Deutschland wird bis 2050 von aktuell gut 44 Jahre auf über 49 Jahre ansteigen. Von den großen Industrienationen altert die Bevölkerung nur in Japan noch stärker. Gleichzeitig gehen die Deutschen noch immer vergleichsweise früh in Rente. Mit 62,1 (Männer) und 61,6 (Frauen) Jahren liegt das reale Renteneintrittsalter in Deutschland nach wie vor deutlich unter der derzeitigen Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Im OECD Durchschnitt liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter bei 64,2 (Männer) und 63,1 (Frauen) Jahren.

Nach Berechnungen der Europäischen Kommission wird in Deutschland der Anteil der Ausgaben für die Alterssicherung am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 10,8 Prozent (2010) um etwa 17 Prozent auf 12,7 Prozent (2040) steigen. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller 27 EU-Mitglieder rechnete die Kommission lediglich mit einem Anstieg um 11 Prozent. In Deutschland würden die Rentenausgaben damit schneller steigen als die Wirtschaftsleistung. **Pimpertz:** „Das Rentenzugangsalter konnte seit der flächendeckenden Anwendung von Abschlägen bei vorzeitigem Rentenbezug kontinuierlich gesteigert werden. Der Übergang zur Rente mit 67 leistet ebenfalls einen Beitrag zu dieser günstigen Entwicklung. Angesichts des demographischen Wandels würde die Einführung einer abschlagsfreien Rente mit 63 aber die Finanzierbarkeit eines angemessenen Rentenniveaus gefährden. Das ist fahrlässig, weil es die ohnehin bestehende Lastverschiebung auf die Schultern nachfolgender Generationen noch verschärft. Aus Sicht der Generationengerechtigkeit wäre eine Politik des Kurshaltens notwendig und hilfreich.“

Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM, appelliert daher an die Bundesregierung, ihre derzeitige Rentenpolitik auf den Prüfstand zu stellen. **Pellengahr:** „Ziel einer nachhaltigen Rentenpolitik sollte es sein, die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung anzupassen und den Abstand zum realem Renteneintrittsalter zu verringern. Die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern über die Regelaltersgrenze hinaus muss zudem erleichtert werden. Die Rente mit 63 konterkariert die verantwortungsvolle Reformpolitik, die unter Rot-Grün begonnen und von der Großen Koalition zwischen 2005 und 2009 fortgeführt wurde. Wir dürfen nicht riskieren, dass ungerechtfertigte Wahlgeschenke unsere Zukunftsfähigkeit gefährden.“

Das Kurzgutachten des IW Köln sowie weitere Informationen zum Thema finden Sie unter www.insm.de/Generationengerechtigkeit.

Pressekontakt

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.